

Rainer Rilling

Was ist das eigentlich -

"arbeitnehmerorientierte Wissenschaft" ?

I

Wenn sich erstmals in der deutschen Wissenschafts- und Gewerkschaftsgeschichte vor gut einem halben Jahr das höchste Vertretungsorgan der Gewerkschaften, der 11. ordentliche Bundeskongress des DGB im Mai 1978, einen Antrag zum Thema "Wissenschaft und Forschung" verabschiedete und darin förderte, daß

+ "Wissenschaft und Forschung der allseitigen Entfaltung der Menschen durch eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen dienen müssen"

+ "Wissenschaft und Forschung sowie die einzelnen Wissenschaftler aus einseitigen Abhängigkeiten von Kapitalinteressen gelöst werden" müssen und Wissenschaft

+ "im Dienst des gesellschaftlichen Fortschritts und im Interesse der arbeitenden Bevölkerung" einzusetzen sei,

und eine Reihe von Forderungen aufstellte, von denen noch zu sprechen sein wird,

dann wird ein solcher programmatischer - da ja auch auf die Ausarbeitung eines "Wissenschafts- und forschungspolitischen Programms des DGB" abzielendes - Anspruch nicht ohne Voraussetzungen formuliert. Vorausgegangen ist eine zunehmende Befassung der Gewerkschaften in der BRD mit den Problemen von Wissenschaft und Technik, die rasche Organisierung von Wissenschaftlern in der Gewerkschaft, und die Entwicklung einer Kooperation zwischen Gewerkschaften und Wissenschaft, die es bislang noch nicht gegeben hat. Gegenwärtig existieren in der BRD und in West-Berlin sechs Kooperationsverträge: zwischen den öffentlichen Körperschaften Arbeiterkammer und Universität Bremen bzw. Arbeiterkammer und PH Bremen; zwischen Arbeiterkammer und Fachhochschule Saarland; zwischen dem DGB-

Landesbezirk Niedersachsen sowie dessen Bildungseinrichtung "Arbeit und Leben" und der Universität Oldenburg, zwischen dem Hauptvorstand der IG Metall unter Einbeziehung des gewerkschaftlichen Bildungszentrums Sprockhövel und dem Rektorat der Universität Bochum. Schließlich liegen die - nicht in Vertragsform formalisierten - Verpflichtungserklärungen zur wechselseitigen Kooperation zwischen dem Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg und dem DGB-Kreisvorstand Marburg/Biedenkopf vor. Anders als in zahlreichen anderen Hochschulorten, wo mittlerweile zwischen gewerkschaftlichen Einrichtungen und einzelnen Personen oder Gruppen der Hochschulen Zusammenarbeitsbeziehungen entstanden sind, handelt es sich hier um formelle, wechselseitige Verträge oder Verpflichtungserklärungen von universitären Institutionen. Zur Charakterisierung des hier zu entwickelnden sozialen Typus von Wissenschaft wird in letzter Zeit zunehmend - auch etwa auf der Tagung "Kooperation als Voraussetzung und Instrument arbeitnehmerorientierter Forschung", die am 24./25. November 1978 in Bielefeld stattfand, an der über 100 Gewerkschafter, Wissenschaftler und Organisatoren von Kooperation aus der BRD und Westberlin teilnahmen und deren Ergebnisse hier einbezogen werden - der Begriff "arbeitnehmerorientierte Wissenschaft" verwandt. Zur Charakterisierung dieses Wissenschaftstypus möchte ich im Folgenden sechs Kriterien erörtern:

1. Interessenbezug
2. Organisationsbezug
3. Praxisbezug
4. Kooperation
5. Demokratiebezug
6. Theoriebezug

Begriff:

Autonomie!

1

[Auf den ersten Blick schon ist offensichtlich, daß es zahlreiche Arbeits- und Vergesellschaftungszusammenhänge gibt in der Wissenschaft der Gegenwart, auf welche diese Merkmale nicht zutreffen: die also ohne explizite wissenschaftstheoretische Fundierung zustandekommen, keinen Praxisbezug besitzen, ohne jede demokratische Wissenschaftsorganisation auskommen, sich nicht auf spezifische soziale Interessen beziehen. Eine "bürgerliche", kapital- und privateigentumsorientierte Wissenschaft ihrerseits freilich ist durchaus klar - und nicht selten auch explizit - den herrschenden kapitalistischen Interessen verpflichtet, auf die praktischen Probleme kapitalistischer Reproduktion gerichtet, von besonderen Organisationen des Kapitals und der ~~vom~~ ihm kontrollierten Verbände gesteuert, wobei das Moment der Kooperation zwischen Privatunternehmen und kapitalistischen Verbänden und "freier", d.h. außerhalb der Hochschule organisierter Forschung oder auch mit der Hochschulforschung eine beträchtliche Rolle spielt. Sieht man also von der spezifischen, d.h. demokratischen Organisation des Wissenschaftsprozesses und dem spezifischen Theoriebezug, von dem noch zu sprechen sein wird, einmal ab, so ergeben sich auf den zweiten Blick keineswegs klare Konturen einer "arbeitnehmerorientierten Wissenschaft" gegenüber einer kapitalinteressen verpflichteten Wissenschaft. Es ist also notwendig, die genannten Gesichtspunkte konkreter zu betrachten, wobei sich sofort eine Reihe von Fragen ergeben.]

1. Wenn gefordert wird, dass sich die Wissenschaft in ihren Erkenntnisanstrengungen an den Interessen der Arbeitnehmer orientieren soll, entsteht natürlich die Frage, auf welche Weise Interessen in wissenschaftliche Arbeit einfließen, und wie sich Wissenschaftler dabei verhalten können und sollen.

Weiter stellt sich die Frage nach der Unterscheidung von objektiven und subjektiven Interessen, von Interessen und Bedürfnissen, von individuellen, Gruppen- und Klasseninteressen.

2. Wenn behauptet wird, dass eine "arbeitnehmerorientierte Wissenschaft" sich notwendig auf die von Gewerkschaften artikulierten Arbeitnehmerinteressen beziehen muss, entsteht natürlich die Frage, ob die Gewerkschaften beanspruchen können, die Gesamtheit der Arbeitnehmerinteressen zu vertreten und ausdrücken zu können, wie es um die Legitimation der Gewerkschaften steht und ob eine solche Anbindung arbeitnehmerorientierten Wissenschaft an eine gesellschaftliche Großorganisation wie die Gewerkschaften nicht eine neue, unter Umständen größere Abhängigkeit bedeutet als unter den Bedingungen akademischer Selbstverwaltung schon vorhanden ist.

3. Wie kann die Forderung nach Praxisbezug verwirklicht werden? Bedeutet dies nicht eine Einengung der Freiheit des Wissenschaftlers und der Wissenschaft, Forschungsobjekte und Erkenntnismittel frei zu wählen einzig unter dem Gesichtspunkt, ob sie einen möglichst großen Erkenntniszuwachs bringen? Sind Wissenschaftssteuerung und -planung nicht Antipoden einer nur den inneren Gesetzmässigkeiten der wissenschaftlichen Erkenntnisprozesse verpflichteten, nicht sozial-ökonomisch finalisierten oder determinierten Wissenschaft?

4. Welche aktuellen Probleme wirft die Kooperation auf? Wie weit ist sie - auch an unserem Fachbereich - entwickelt?

5. Bedeutet die Verpflichtung der Wissenschaft auf eine bestimmte - demokratische - Organisationsform keine Einengung bzw. muss die Wissenschaft nicht allein entsprechend den Anforderungen organisiert werden, die aus wissenschaftsinternen, kognitiven Bedingungen sich ergeben?

6. Und bedeutet schließlich nicht die Verpflichtung der Wissenschaft auf einen spezifischen Theoriebezug eine Einengung des - alles in allem - pluralistisch strukturierten Wissenschaftsspektrums, wozu bedarf es überhaupt einer solchen übergreifenden Theorie, die doch den völlig unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen in den einzelnen Wissenschaften - schließlich gibt es gegenwärtig bereits über 2000 Wissenschaftsdisziplinen - gar nicht in gleicher Weise gerecht werden kann?

Diese Probleme sind Aufforderungen zur Diskussion und Standpunkterarbeitung. Einige Bemerkungen zu dieser Diskussion und zu aktuellen Problemen der Kooperation sollen im Folgenden vorgetragen werden.

///.

Wenn wir unter Interesse eine praktische Beziehung der Menschen zu ihrer natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt verstehen, das seine objektive Grundlage in der Stellung der Menschen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess hat, so ist zunächst festzuhalten, daß es von der Art dieser Interessen, von der Stellung dieser Menschen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess, und, nicht zuletzt, von der Verfasstheit des herrschenden gesellschaftlichen Bewußtseins abhängt, ob sich die Menschen dieser Interessen bewußt werden, sich die objektive Interessensituation in ein adäquates Interessenbewußtsein umsetzt. Die Wissenschaft vermag zur Herausbildung eines solchen adäquaten Bewußtseins der Menschen von ihrer Interessenlage beitragen,

indem sie allgemeine und grundlegende Zusammenhänge in Gesellschaft und Natur ermittelt, über den Bereich spontanen Alltagswissens hinausgeht und Gesetzeszusammenhänge - etwa die Gesetze der kapitalistischen Reproduktion - formuliert. Dadurch ermöglicht sie Interessenformulierung und - zunächst - Erkenntnis, Handlungsabschätzung und beherrschung. Die Interessen der Arbeitnehmer sind weitgehend durch ihre soziale Lage als abhängig Beschäftigte geprägt. Sie zielen ab auf

Schutz {
Gestaltung {

- + Sicherung der Arbeitsplätze
- + eine soziale Sicherheit und die Reproduktion ihrer Arbeitskraft ermöglichendes Einkommen
- + die humane Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

Die Bedeutung wissenschaftlicher Analyse liegt in der Erkenntnis der Faktoren und Zusammenhänge, die der Verwirklichung dieser Interessen entgegenstehen, die Arbeitslosigkeit, verursachen, zum Abbau sozialer Rechte führen, die Arbeits- und Lebensbedingungen verschlechtern. Da es aber bekanntlich eine Vielzahl von Theorien und Pseudotheorien gibt, die beispielsweise die Entstehung der Arbeitslosigkeit erklären, müssen derartige Analysen notwendig verbunden sein mit der Formulierung von wissenschaftlich begründeten Vorschlägen zur Problemlösung - denn nur in der praktischen Anwendung zeigt sich die Richtigkeit der getroffenen Analyse.

Eine arbeitnehmerorientierte Wissenschaft kann

[+ auf bisher unbeachtete Probleme und auf künftig entstehende Probleme prognostisch aufmerksam machen)

- + feststellen, ob die gewerkschaftliche Strategie der Zielerreichung zur Interessenrealisierung adäquat ist und eventuelle Alternativen entwickeln - hier liegt eine kritische Funktion einer arbeitnehmerorientierten Wissenschaftspolitik gegenüber gewerkschaftlicher Politik, zu der noch ergänzend bemerkt werden muss: Die Entscheidung über Ziele und Strategien gewerkschaftlicher Interessenvertretung

zu entscheiden ist nicht die Aufgabe der Wissenschaftler, so begründet ihre Vorschläge auch sein mögen. Diese Entscheidung kann nur von den zuständigen Gremien der Gewerkschaft getroffen werden, an denen Wissenschaftler als Gewerkschaftsmitglieder wie andere Mitglieder der Organisation auch beteiligt sein können.

Gegen die Interessenbindung einer arbeitnehmerorientierten Wissenschaft wird eingewandt, damit sie die Freiheit der Wissenschaft und der wissenschaftliche Charakter von Aussagen gefährdet. Dagegen gilt:

Das Kriterium für die Gültigkeit wissenschaftlicher Aussagen kann nicht der Bezug auf bestimmte Interessen sein, wenn Gültigkeit etwas zu tun haben soll mit "Wahrheit". Wissenschaftliche Erkenntnisse sind nicht deshalb wahr, weil sie im Interesse der Arbeiterklasse sind, sondern sie sind im Interesse der Arbeiterklasse, weil und insofern sie wahr sind. Der wissenschaftliche Charakter von Aussagen wird danach beurteilt, ob sie ein zutreffendes, adäquates, übereinstimmendes Bild vom jeweiligen Erkenntnisgegenstand wiedergeben. Aus der Bezugnahme auf die Interessen der Arbeitnehmer folgt nicht notwendig eine Verfälschung des Wahrheitsgehalts des wissenschaftlichen Wissens. Vielmehr bedeutet dieser Bezug

- + die Befreiung von begrenzten Erkenntnisinteressen und die Gewinnung neuer Erkenntnisgegenstände, z.B. die Analyse der sozialen Folgen neuer Technologien
- + In einer arbeitnehmerorientierten Wissenschaft besteht kein soziales Bedürfnis zur Verschleierung gesellschaftlicher Teilinteressen. Die arbeitende Klasse in der kapitalistischen Gesellschaft der Bundesrepublik ist jene große gesellschaftliche Kraft, die aufgrund ihrer tatsächlichen Stellung innerhalb der Gesellschaft an einer objektiven, die vielfältigen Verhüllungen und Maskierungen unserer Gesell-

schaft durchschauenden Wissenschaft sozial interessiert ist. Eine Wissenschaft, die ihrem obersten Ziel - der Erkenntnis von Wahrheit - näherkommen will, kann deshalb in der Arbeiterschaft einen mächtigen Verbündeten gewinnen. Die Gewerkschaften, die diese umfassenden Interessen einer großen Bevölkerungsmehrheit repräsentieren, artikulieren diese Interessen in einem öffentlichen kritisier- und kontrollierbaren demokratischen Willensbildungsprozess. Hier besteht somit wesentlich weniger die Gefahr, dass sich unausgewiesene Interessen in der Verkleidung wissenschaftlicher Aussagen Geltung verschaffen.

- + Schließlich bedeutet der Bezug auf die Interessen der Arbeitnehmerschaft Öffentlichkeit. Nur öffentlich nutzbares Wissen kann in den öffentlich-demokratischen Interessenfindungs- und Willensbildungsprozess der Gewerkschaften eingehen. Die privatkapitalistisch organisierte Wissenschaftsproduktion dagegen bietet tagtäglich Beispiele dafür, dass sie strukturell auf eine solche Öffentlichkeit verzichten muss, um die private Aneignung wissenschaftlich qualifizierter Lohnarbeit sichern zu können. Insofern bedeutet die Bezugnahme auf die gewerkschaftlich vermittelten Arbeitnehmerinteressen zugleich, die kapitalistische Begrenzung des Prozesses der Umwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft sukzessive außer Kraft zu setzen.

IV

Eine sehr kurze Bemerkung zum zweiten Problem des Interessenbezugs über die Organisation "Gewerkschaft"; Gewerkschaften ermöglichen über einen kollektiven Diskussionsprozess eine demokratische Klärung des breitesten Spektrums von Interessen. Sie reflektieren dabei die Interessen von Generationen. In der gegenwärtigen Situation wird durch Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und zunehmende Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt der Spielraum für eine individuelle Interessenverfolgung eingeschränkt. Arbeitnehmern gelingt es nur

noch sehr vereinzelt, zum Beispiel über Arbeitsplatzwechsel ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern oder ihren Lohn zu erhöhen. Kollektiv-solidarisches Handeln ist daher die rationale Strategie der Interessenvertretung, weil nur kollektives Handeln politische Durchsetzungsfähigkeit ermöglicht. Wissenschaft, die auf den Organisationsbezug verzichtet, ~~verzichtet~~ daher von vorneherein darauf, ihre Chancen einer praktischen Bewährung auszunutzen und zu vergrößern, da es zu einer solchen überprüfenden Bewährung praktisch-politischen, kollektiven Handelns bedarf. Dabei gilt es klar hervorzuheben, daß eine arbeitnehmerorientierung der Wissenschaft nicht bedeutet, dass an die Stelle der Verpflichtung der Wissenschaft auf die organisierte Kapitalmacht nun die individuelle Wissenschaftsfreiheit tritt. Eine arbeitnehmerorientierte Wissenschaft ist nicht frei von sozialer und politischer Abhängigkeit. Es wäre ebenso unverantwortlich wie reaktionär, unter den Bedingungen hochvergesellschafteter Wissenschaft den liberalen Restbeständen einer Illusion von individueller Wissenschaftsfreiheit entgegenzukommen, die tendenziell auch an den Hochschulen keine objektive gesellschaftliche Grundlage mehr hat. Die Abhängigkeit einer arbeitnehmerorientierten Wissenschaft jedoch ist nicht nur sozial anders organisiert und orientiert, sondern auch aufgehoben in der Bemühung um demokratische Organisation und Selbstbestimmung.

V

Denn eine arbeitnehmerorientierte Wissenschaft ist notwendig demokratische Wissenschaft - und hier liegt ein offensichtliches Unterscheidungsmerkmal zur kapitalorientierten, bürgerlichen Wissenschaft vor. Dieses Merkmal muss angesichts des gegenwärtigen massiven Abbaus demokratischer Positionen an den Hochschulen besonders hervorgehoben werden.

demokratisch:
↓
d.h. politische Wissenschaft.

Arbeitnehmerorientierte Wissenschaft ist demokratisch, weil

- 1.) sie inhaltlich auf die Interessen der Bevölkerungsmehrheit gerichtet ist
- 2.) Sie demokratisch organisiert ist, d.h. insbesondere sie die gleichberechtigte Mitwirkung der Durchführenden und Betroffenen anstrebt
- 3.) Sie öffentlich organisiert und damit der demokratischen Kontrolle zugänglich ist.

VI

Eine arbeitnehmerorientierte Wissenschaft ist durch ein spezifisches Verhältnis von Theorie und Praxis ausgezeichnet. Vom Praxisbezug der Wissenschaft zu sprechen heißt zunächst davon auszugehen, dass Wissenschaft eine soziale Angelegenheit ist, Bestandteil des gesamtgesellschaftlichen Systems gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion. Dabei soll hier die These aufgestellt werden, daß es - von Ausnahmen natürlich abgesehen, die gerade in den Gesellschafts- und Geisteswissenschaften beträchtlich sind - weniger auf die Herstellung einer Praxisorientierung der Wissenschaft ankommt; vielmehr geht es darum, daß die Wissenschaft unter die Verwertungsbedingungen und damit auch unter die Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals unterworfen ist - es daher darauf ankommt, eine andere praktische Orientierung durchzusetzen. Wenn kognitive Prozesse von sozialen Verhältnissen beeinflusst werden - und über Art und Ausmaß einer solchen Beeinflussung läßt sich dann durchaus streiten - dann hängt die Entwicklung solcher kognitiver Prozesse auch von der Fähigkeit ab, die sozialen Gesetzmässigkeiten der Wissenschaftsentwicklung zu erkennen und demokratisch zu organisieren, kurz: sie zu beherrschen. Die sozialen Gesetzmässigkeiten

ten der Wissenschaft sind einerseits identisch mit jenen sozialen Gesetzmässigkeiten, die in der Gesamtgesellschaft herrschen, weil die Wissenschaft keine aparte, von dieser Gesamtgesellschaft isolierte Erscheinung ist; sie sind andererseits von diesen übergreifenden Sozialzusammenhängen und Strukturen abhängig; spezifische Gesetze der Wissenschaftsentwicklung und spezifische Eigenschaften dieses Bereichs der gesellschaftlichen Arbeitsteilung: Integration und Differenzierung; Kumulativität usw. sind zumindest in ihrer Reichweite und in ihrem Umfang von diesen allgemeinen Gesetzmässigkeiten abhängig. Mit anderen Worten: ohne die gesamtgesellschaftlich angelegte Beherrschung der allgemeinen Gesetze ist eine Steuerung wissenschaftlicher Arbeit und kognitiver Prozesse unmöglich. Der Praxisbezug arbeitnehmerorientierter Wissenschaft muss daher auch auf die Erkenntnis und Nutzbarmachung dieser allgemeinen Gesetzmässigkeiten abzielen, da nur so die kognitiven Prozesse selbst gesteuert, geleitet, geplant, bewußt beherrscht werden können. Auf der anderen Seite muss eine arbeitnehmerorientierte Wissenschaft sich imstande setzen, umsetzbar zu sein und umgesetzt zu werden, also das Problem der "Überleitung" mit zu bedenken. Umsetzungsfelder einer arbeitnehmerorientierten Wissenschaft sind etwa

- + gewerkschaftliche Bildungsarbeit
- + Studienreform und Weiterbildung
- + Vermittlung wiss. Wissens auf Betriebsebene
- + Tarifpolitik
- + Unterstützung gewerkschaftlicher Positionen in privaten und öffentlichen Gremien
- + Abwehr ideologischer Angriffe auf die Gewerkschaften ("Gewerkschaftsstaat")
- + Unterstützung der gewerkschaftlichen Programmdiskussion.

VIII

Warum bedarf es einer spezifischen Theorie? Wie soll sie aussehen?

Die bisherige Kennzeichnung einer arbeitnehmerorientierten Wissenschaft hat den Bereich der kognitiven Orientierung, der Inhalte wissenschaftlicher Arbeit selbst, ausgeklammert. Dennoch steht das Problem, wo nun eigentlich inhaltlich das Besondere an diesem Sozialtypus Wissenschaft liegt, wo die Differenz zu einer kapital- und privateigentumsorientierten Wissenschaft eigentlich liegt. Um dieses Besondere genauer bestimmen zu können, muss der allgemeine Begriff "die Wissenschaft" aufgelöst werden. Eine solche Konkretisierung muss in drei Richtungen geschehen:

- a) Er muss aufgegliedert werden in die drei Bereiche der Natur-, Technik- und Gesellschaftswissenschaften. Eine Ausformulierung einer 'arbeitnehmerorientierten Theorie' auf der Ebene dieser Bereiche ist möglich.
- b) Die Abstraktheit" arbeitnehmerorientierte Wissenschaft" muss ebenfalls konkreter, d.h. reicher gemacht werden. Ebenso wie sich der Begriff "Arbeiterklasse" aufdifferenziert in ein strukturiertes Gefüge von Personen, Gruppen und Schichtungen, kann der Wissenschaftsbegriff konkretisiert werden in eine Vielfalt von kognitiven Orientierungen, gegeneinander pluralistisch verfasst, aber im übergreifenden Kontext der einheitlichen Bezugnahme auf die Arbeitnehmerinteressen. Diese Orientierung ist m.E. ein sehr globaler Begriff; er unterscheidet sich sowohl von dem Begriff der "Parteinahme" als auch von der Kategorie "Parteilichkeit", die m.E. einen Bezug auf die Arbeiterklasse mittels des Theorien- und Methodensystems des Marxismus einschließt.
- c) Das Problem der wissenschaftstheoretischen Begründung einer arbeitnehmerorientierten Wissenschaft ist das Problem der internen, kognitiven

Sie muss damit sein, was
der Probe durch die Praxis
zu unterliegen

keine Objektivität
nicht nachvollziehbar
nicht messbar

Determination einer komplexen Orientierung im Wissen-
schaftssystem. Kann etwa ein solcher Wissenschafts-
typus etwas mit einer Wissenschaftstheorie anfangen,
die den Entwicklungs- und Fortschrittsgedanken leug-
net? Die Wissenschaft als eine Angelegenheit an-
sieht, die außerhalb von Gesellschaft und gesell-
schaftlichen Interessen sich abspielt? Wissenschaft
und Vergesellschaftungsprozesse von Wissenschaft
bringen spontan Vorstellungen über die Struktur,
Funktion und Entwicklung von Wissenschaft hervor.
Ein derartiger Selbstverständigungs- und Theorie-
bildungsprozess muss bewusst, d.h. theoretisch kon-
trolliert werden. Im Mittelpunkt einer derartigen
Theorie, die sozial normierend und damit verhal-
tenssteuernd wirken wird, muss die Auffassung stehen,
dass Wissenschaft eine spezifische Weise wissen-
schaftlicher Arbeit ist - kein soziales Handeln,
kein Konglomerat schöpferischer Intuitionen, keine
Ansammlung blitzartiger Einfälle, sondern eine spe-
zifische gesellschaftliche Tätigkeit. Ein solcher
Wissenschaftsbegriff, der im Zentrum einer dann zu
entwickelnden Wissenschaftstheorie zu stehen hätte,
würde einerseits den Tatbestand der mittlerweile
beträchtlichen Vergesellschaftung wissenschaftlicher
Arbeit reflektieren, andererseits Wissenschaft nicht
als von der gesellschaftlichen Produktion getrennte
Veranstaltung auffassen, ...

Inhere Kooperation: gegen Konkurrenz

VIII

- knappe Probleme
- Konkurrenz und konkurrierendes
Mittelum sind identisch
- Ressourcen sehr knapp
- Konkurrenz und Ressourcen sind
knapp
- Sozialisation

Welche Hauptprobleme der Kooperation Wissenschaft-
Gewerkschaft gibt es gegenwärtig? Die Kooperation
ist bislang nur an wenigen Hochschulen verankert
durch Verträge oder informelle Kooperationszusammen-
hänge. Die finanzielle Absicherung existiert nicht.
Bis auf Bremen ist keine einzige Stelle im Rahmen
der Kooperationsaktivitäten geschaffen worden. Uni-
versitäten sehen sich nicht in der Lage, Fahrtkosten
für die Arbeitnehmer zu erstatten. Selbst die Aus-
gabe von Essensmarken für auswärtige Kooperanden
im Rahmen eines auf der Basis des Bochumer Koope-

rationsvertrages durchgeführten Seminars wurde vom Rechnungshof gerügt. Notwendig ist, entsprechend dem Bremer Vorbild Stellen im Wissenschaftsbereich zu schaffen, deren hauptsächliche Funktion die verantwortliche Organisation gemeinsamer Forschungsvorhaben und Ausbildungsaktivitäten ist; dies gilt auch für den FB 03. Diese personelle Absicherung ist umso notwendiger, als die gegenwärtigen Entlassungen im Mittelbau jene Gruppe systematisch dezimiert, die bislang am ehesten zur Kooperation bereit war. Da der augenblickliche staatliche und ökonomische, d.h. sich über den Arbeitsmarkt vermittelnde Druck auf die Universitätsmitglieder unterhalb des Niveaus der Professoren auf H-4 sich auswirkt als Druck auf Karriere, Druck auf Publikationsverhalten usw., kann die bisherige Art der Hobbyforschung und -lehre im Bereich der Kooperation nicht mehr länger aufrechterhalten werden. Weiterhin ist notwendig, Curricula offenzuhalten, um die Anforderungen von gewerkschaftlicher Seite einbringen zu können. Eine finanzielle Absicherung - auch in Form einzelner Haushaltstitel ist notwendig. Eine offene Diskussion der einzelnen Vorhaben muss geführt werden, damit es nicht - wie augenblicklich wieder im Zusammenhang mit dem Gewerkschaftsbuch von Deppe, Harrer, Fülberth - zu Kampagnen gegen einzelne Kollegen des Fachbereichs kommt, an denen mehr oder weniger offen die Munition aus dem Fachbereich selbst kommt. Derlei unsolidarisches Verhalten muss durch eine breite Diskussion und Einbeziehung auf der Basis gewerkschaftlicher "Minimalpositionen" von vornherein unmöglich gemacht werden. Auch von studentischer Seite aus sind Initiativen verstärkt möglich und notwendig: Gegenstände solcher Initiativen könnten sein: Ringvorlesungen/Podiumsdiskussionen/Hochschulpolitische Veranstaltungen/Gemeinsame Seminare/eigene Analysen - etwa zum Einfluß des Kapitals auf die Wissenschaft (vor allem an den Hochschulen), Analysen der Lehrprogramme, Prüfungen, Problem der Weiterbildung, Ausstattung der Bibliotheken mit gewerkschaftlichem Material usw. Eine entsprechende Diskussion auf breiter Basis muss begonnen werden.